

Forstwissenschaften und die Globale Governance des Waldes

Forestry Sciences and Global Forest Governance

Melanie Morisse-Schilbach, Stefan Werland

Abstract

Societal and political environments determine research agendas, networks and epistemic identities within the scientific and academic realm. In the case of forestry, it is argued, these environments are increasingly negotiated and discussed (“framed”) within inter- and transnational environmental politics (such as biodiversity, climate change). This paper explores in which way and to what extent processes of “global forest governance” impair German forestry sciences. It describes shifts of forestry issues from the local and national towards inter- and transnational levels by focusing on changing actor constellations (emergence of powerful non-forestry actors like NGOs, transgovernmental bureaucracies and epistemic communities) on the one hand and changing political discourses (from local to global forest discourses) on the other. This paper shows that forestry sciences seem to be marginalized in global forest governance processes. Furthermore, data from questionnaires and interviews indicate that within the German forestry sciences community, these shifts are not yet fully acknowledged as significant processes for forest politics in general and for the scientific community in particular. Finally, it proposes strategies to facilitate the lock-in of forestry-related scientific knowledge for the global governance of forests.

Keywords: Global governance, knowledge society, epistemic communities, forestal system of thoughts, inter- and transnational forestal politics, NGOs

Zusammenfassung

Forschungsagenden von Wissenschaften, ihre institutionalisierten Netzwerke und gemeinsamen Grundannahmen werden durch das jeweilige soziale und politische Umfeld geprägt. Dieses Umfeld wird im Falle der Forstwissenschaften zunehmend durch inter- und transnationale Politikprozesse (wie bspw. zur Biodiversität oder zum Klimawandel) geprägt. Der Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, auf welche Art und Weise und wie intensiv eine solche „globale Governance des Waldes“ die deutschen Forstwissenschaften beeinflusst. Er beschreibt eine signifikante Verschiebung im Umfeld der Forstwissenschaften von der lokalen bzw. nationalen in Richtung der inter- und transnationalen Ebene. Dies wird zum einen anhand von Veränderungen in den Akteurskonstellationen deutlich (Entstehung einflussreicher nichtforstli-

cher Akteure wie NGOs, zwischenstaatliche Bürokratien und epistemische Gemeinschaften). Zum anderen scheint sich der politische Diskurs zu verändern (von einem lokalen Forst- zu einem globalen Walddiskurs). Beide Veränderungen haben Konsequenzen: Es wird deutlich, dass die Forstwissenschaften innerhalb dieser globalen Prozesse lediglich eine Randstellung einnehmen. Interessanterweise werden innerhalb der Gemeinschaft der deutschen Forstwissenschaften diese Veränderungen (noch) nicht als signifikant für die Forstpolitik im Allgemeinen und die Wissenschaft im Besonderen wahrgenommen. Dies zeigt sich anhand der Auswertung einer Umfrage in der deutschen Forstwissenschaftsgemeinschaft und von Interviews mit in der internationalen Waldpolitik involvierten politischen Akteuren. Der Beitrag schließt mit Vorschlägen für eine engere Einbeziehung forstwissenschaftlichen Wissens in die globale Wald-Governance.

Stichwörter: Global Governance, Wissensgesellschaft, epistemische Gemeinschaften, Forstliches Wissenssystem, Inter- und Transnationale Waldpolitik, NGOs

1. Einleitung

Nicht nur die standörtlichen Umweltbedingungen des Waldes wie Klimawirkungen, Schadstoffdepositionen oder Nährstoffverfügbarkeit ändern sich und stellen damit eine Herausforderung für Forstwirtschaft und Forstwissenschaften gleichermaßen dar. Auch das gesellschaftliche und politische Umfeld, durch das der Umgang mit Wald diskutiert und reguliert wird, ist im Wandel begriffen. Forstwirtschaft und Forstwissenschaften sind von diesen Veränderungen unmittelbar betroffen. Traditionell ist Waldpolitik auf der nationalstaatlichen und (in Deutschland) föderalen Ebene angesiedelt und wird von forstlichen Akteuren und deren Belangen geprägt. Mit der Thematisierung von Wald in zwischenstaatlichen Verhandlungen seit den frühen 1990er Jahren gewinnen Verhandlungen in und durch internationale Institutionen Einfluss auf die Rahmenbedingungen eines solchen lokalen forstlichen Handelns.¹ Gleichzeitig nutzen nichtforstliche Akteure wie Umweltorganisationen die internationale Politikenebene, um walddpolitische Regelungen, und damit die Bedingungen forstlichen Handelns vor Ort mittelbar zu beeinflussen. Schließlich agieren Zertifizierungsorganisationen als transnationale Akteure jenseits staatlicher Politik und wirken mittels privater Normsetzung auf die forstliche Praxis ein.

Der Mehrzahl dieser neuen Akteure (Internationale Institutionen, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), transnationale Zertifizierungsagenturen) ist gemein, dass sie nicht zum Kreis der traditionellen forstlichen Akteure zählen und damit auch nicht zu den klassischen Abnehmern forstwissenschaftlicher Expertise.

Der Beitrag fragt nach den Konsequenzen dieser Entwicklungen für den Transfer forstwissenschaftlicher Erkenntnisse in walddrelevante Politikprozesse. In einem ersten Schritt wird das in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin Internationale Beziehungen (IB) prominent vertretene Analysekonzept „epistemische Gemeinschaften“ vorgestellt. Das Konzept stellt die jenseits des Staates („globale Governance“) zu beobachtende zunehmende Verwobenheit von Wissenschaft und wissenschaftlichem Wissen mit gesellschaftlichen und politischen Handlungssphären, respektive ihre politische Relevanz ins Zentrum. Im weiteren Verlauf wird zu zeigen sein, inwiefern eine solche epistemische Gemeinschaft in der globalen Wald-Governance existiert und inwiefern die Forstwissenschaften hier wirkmächtig sind. Globale Governance oder auch „globales Regieren“ meint in diesem Zusammenhang im Kern die Verlagerung von Politikprozessen von nationalstaatlichen Regelsetzungsinstanzen hin zu einer multizentristischen Normsetzung, in der neben Regierungen auch nichtstaatlichen Akteuren wie NGOs, internationalen Organisationen und deren Bürokratien, Zertifizierungsagenturen sowie transnational agierenden Wissen(schaft)sgemeinschaften eine größere Beachtung zukommt. Neben regulativen Maßnahmen zählt die Diskursgestaltung, d.h. die Herstellung von Verständnissen und Wertevorstellungen darüber, wie Probleme wahrgenommen, definiert und bearbeitet werden soll(t)en, zu den Bestandteilen eines solchen entgrenzten und entterritorialisierten Handlungsfeldes. Im darauf folgenden Abschnitt werden das forstliche Wissenssystem und das System globaler Governance des Waldes beschrieben. Dabei werden veränderte Akteurskonstellationen einerseits sowie – damit einhergehend – sich verschiebende Diskurse über das Verständnis von Wald andererseits dargestellt. Der vierte Abschnitt dokumentiert anhand zentraler Ergebnisse einer Befragung in den deutschen Forstwissenschaften, inwiefern die Wissenschaft sich auf diese veränderten gesellschaftlichen und politischen Handlungsumfelder eingestellt hat, d.h. inwiefern sie diese Prozesse (shifts) für ihre eigenen Forschungsagenden für relevant hält, wie sie die Prozesse wahrnimmt und in wie weit sie sich in solchen Prozessen jenseits des Staates bereits vernetzt hat. Der Beitrag schließt mit Überlegungen zum Transfer forstwissenschaftlicher Erkenntnisse in die globale Governance des Waldes.

2. Wissenschaft, wissenschaftliche „Ideen“ und Global Governance: Der Einfluss epistemischer Gemeinschaften²

Im Zeitalter der so genannten „Wissensgesellschaft“ ändert sich die Rolle von Wissenschaft nachhaltig, so die These von Weingart und anderen Wissenssoziologen (WEINGART 2001). Zwei Befunde sind hier vor allem interessant: Zum einen ist

dies die „Verwissenschaftlichung“ von Gesellschaft. Unter diesen Begriff werden Ausbreitungstendenzen wissenschaftlicher Erkenntnisse in immer breitere Schichten von Politik und Gesellschaft zusammengefasst. Wissenschaft ist nicht mehr im Elfenbeinturm (der Universitäten) verortet. Vielmehr findet sie Adressaten jenseits ihrer eigenen Profession. Zum anderen ist eine „Politisierung“ von Wissenschaft zu konstatieren. Damit wird in erster Linie die Nutzbarmachung wissenschaftlichen Wissens für die Legitimierung politischen Handelns betont.

In beiden Facetten einer solchen „Vergesellschaftung“ von Wissenschaft geht es sowohl für einzelne Wissenschaftsgemeinschaften als auch für die Institution Wissenschaft offenbar um Positionsveränderungen in der Gesellschaft wie auch um neuartige institutionelle Verbindungen zur politischen Ebene (Grenzorganisationen, Hybridgemeinschaften), mit der Konsequenz, dass Unterscheidungen („Grenzen“) der verschiedenen Systeme („Wissenschaft“ und „Politik“) verwischen oder zumindest durchlässiger werden (KÜPPERS et al. 1978; GUSTON 1999, 2001). Wissenschaft wird offenbar zunehmend (gewollt oder ungewollt) zu einem Mitgestalter von Politik. Dies wird besonders auf der inter- und transnationalen Ebene von Politik und Gesellschaft deutlich: Das Aufstellen (verbindlicher) Regeln zum (friedlichen) Zusammenleben von Gesellschaften geschieht immer häufiger und politikfeldübergreifend auf Ebenen jenseits des Staates; gerade in „technischen“ Sachfeldern wie Umweltschutz, Rüstungskontrolle oder Finanzmärkten beziehen politische Akteure wissenschaftliches Wissen (knowledge) in den Prozess der Entscheidungsfindung faktisch und/oder formal mit ein.

Was macht wissenschaftliche „Ideen“ für die Politik attraktiv? Nach Weingart zeichnen sich wissenschaftliche „Ideen“ im Vergleich zu anderen Wissensformen durch ihren Sonderstatus aus: sie lassen sich weniger wie etwa weltanschauliches, religiöses, Alltagswissen oder ideologisches Wissen spezifischen Gruppierungen, Klassen bzw. Schichten zuordnen. Damit ist gemeint, dass sie jenseits materieller oder immaterieller Interessen, lokalen oder historischen Bedingungen bestehen, mithin aus einer „sozialen Distanz“ entstehen (WEINGART 2003: 7). Durch diesen von Gesellschaftskonflikten scheinbar freien Kontext erhalten wissenschaftliche „Ideen“ den Nimbus von Autorität und, damit verbunden, ein hohes Maß an Vertrauen und Reputation, in Politik und Gesellschaft gleichermaßen.

In den IB ist dieses Bild von den (Natur)Wissenschaften, ihrem Sonderstatus und ihrer Legitimität, in das analytische Konzept der „epistemischen Gemeinschaften“ eingegangen. Epistemische Gemeinschaften sind nach HAAS (1992) vor allem transnational agierende Netzwerke von Experten und anderen Wissensakteuren mit einem speziellen (Fach)Wissen, die einen gemeinsamen Satz an normativen und prinzipiengeleiteten Vorstellungen haben, gemeinsame Kausalvorstellungen besitzen, geteilte Auffassungen von Validität haben und ähnliche Vorstellungen bzw. Strategien über die Notwendigkeit einer Einflussnahme auf Politik aufzeigen. Laut Haas bestehen diese Gemeinschaften aber nicht notwendigerweise nur aus (Natur-)Wissenschaftlern oder Fachleuten, die dieselben methodologischen Techniken zur Gewinnung und Anwendung von Wahrheit(en) verwenden. Haas

wählt eine breitere Definition und beschreibt epistemische Gemeinschaft allgemein als Denkgemeinschaften (thought collectives), die prinzipiell nicht von der Wissenschaft abhängig sein müssen. Dazu zählen u.a. Mitglieder transgouvernementaler Bürokratien, etwa die Sekretariate der Unterorganisationen der Vereinten Nationen wie UNESCO oder UNEP³, Mitglieder des bürokratischen Apparates der Europäischen Kommission oder anderer internationaler Organisationen. Epistemische Gemeinschaften unterscheiden sich von „reinen“ Wissenschaftsgemeinschaften dadurch, dass sie in letzter Konsequenz und über einen bestimmten Zeitraum „politische Absichten“ verfolgen („purposefulness“), während bei letzteren das Bindeglied allein die method(olog)ische Relevanz des Wissens ist („methodology“) (ANTONIADES 2003: 26). Ihre Qualität als epistemische Gemeinschaft erreichen solche Netzwerke vor allem über ihr Fachwissen, die Kommunikation untereinander über feste (institutionalisierte) Kanäle und die gemeinsamen kausalen, normativen und prinzipiengeleiteten Grundvorstellungen (belief systems). Dabei haben sie den Anspruch Konsenswissen, nicht jedoch absolute Wahrheiten zu generieren. Dies macht sie z.B. gegenüber Interessengruppen unterscheidbar: Epistemische Gemeinschaften greifen auf ein gemeinsames Verständnis von Ursache und Wirkung zurück und ziehen sich – werden sie mit Anomalien oder Unstimmigkeiten in ihren Auffassungen konfrontiert – aus dem politischen Prozess zurück. Sie sind nicht an politischen Verhandlungsergebnissen (outcomes) per se interessiert. Interessengruppen (i.S.von pressure groups) hingegen sind langfristig auf das politische Ergebnis fokussiert und bleiben auch dann eng in dem Prozess verwoben, wenn ihnen zugrunde liegende Überzeugen sich als „falsch“ erweisen; das Verkünden von (selektiven) „Wahrheiten“ ist vielmehr Teil ihres „politischen Spiels“. Für epistemische Gemeinschaften hingegen ist die Suche nach neuen Erkenntnissen und Informationen der Antrieb für stetig wachsende epistemische Zusammenarbeit; nur temporär gelangt deren Weitergabe als Ziel auf die Tagesordnung von Politik. Politikfelder, bei denen epistemische Gemeinschaften in der Rahmensetzung und der Identifizierung „richtiger“ Politik mitgewirkt haben, sind unter anderem die Politik zur Verhinderung und Kontrolle der Verbreitung von Nuklearwaffen oder die Ozonschutzpolitik.⁴

3. Forstliches Wissenssystem und die globale Governance des Waldes

Der Wald stellt traditionell ein der Landwirtschaft nahe stehendes, auf Ressourcensicherung angelegtes und auf der Ebene des Nationalstaates bzw. im Falle der Bundesrepublik Deutschland der Bundesländer verortetes Politikfeld dar. Die politische Zuständigkeit für den Wald liegt beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)⁵ sowie auf Ebene der Bundesländer bei den entsprechenden Landesministerien.⁶ Die dominante Stellung der für Landwirtschaft zuständigen Ministerien sichert forstlichen Akteuren (neben den genannten Ministerien und der Forstverwaltung sind dies insbesondere die organisierten Interessenvertretungen der Waldbesitzer und der Forstwirt-

schaft) einen zentralen Einfluss im traditionellen forstlichen Politikfeld (HOFMANN 2002). Aus der Genese von Forstwissenschaften und Forstverwaltung mit ihrer Prämisse der langfristigen Rohstoffsicherung durch die Einführung einer „geregelten Forstwirtschaft“ ergab sich in der historischen Entwicklung eine enge Verbindung von Staat (Ministerien und Forstverwaltung), Forstwirtschaft und Forstwissenschaften, die einen relativ unproblematischen Transfer forstwissenschaftlicher Expertise zu politischen Entscheidungsträgern ermöglichten; sie stehen in einer quasi-symbiotischen Beziehung zueinander. Zusammengefasst kann diese Symbiose mit dem Begriff „forstliches Wissenssystem“ (MORISSE-SCHILBACH & WERLAND i. E.) umschrieben werden.

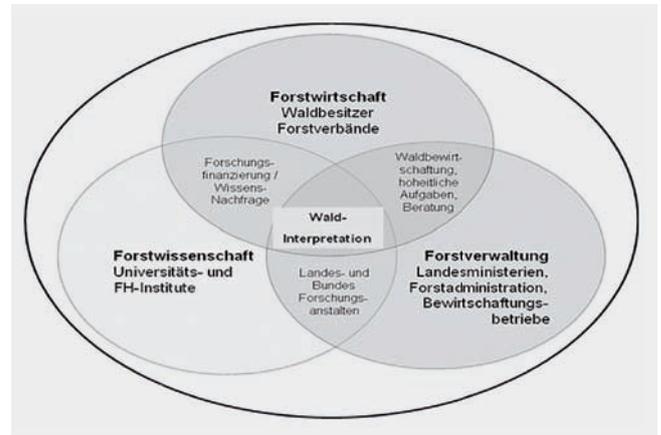


Abb. 1: Das forstliche Wissenssystem (Quelle: MORISSE-SCHILBACH/WERLAND, i. E.).

Fig. 1: The forestal system of thoughts (Source: MORISSE-SCHILBACH/WERLAND, i. E.).

Die Akteursgruppen dieses geschlossenen Wissenssystems sind, beispielsweise durch gemeinsame Ausbildungsgänge oder Forschungsk Kooperationen, eng untereinander vernetzt (vgl. auch Abb. 8). Darüber hinaus wirkt als Bindeglied eine gemeinsame Waldinterpretation (verstanden als normativer und prinzipiengeleiteter Satz an Glaubensvorstellungen), nach der Wald primär als zu bewahrende und zu optimierende Ressource verstanden wird (vgl. hierzu auch Kap. 4). Das hieraus resultierende forstliche Prinzip der Mengennachhaltigkeit erfuhr im Laufe der Zeit unterschiedliche Erweiterungen: gesellschaftliche Belange wie Erholung und lokale Schutzfunktionen des Waldes wurden mit in Betracht gezogen und mit dem obersten Ziel der Holzproduktion in Einklang zu bringen versucht – exemplarisch in Konzepten wie der Kielwassertheorie oder der „multifunktionalen Waldwirtschaft“. Diese Ansprüche an den Wald wurden, wenn auch aus der Gesellschaft heraus geäußert, bislang als forstliche Belange verstanden und dementsprechend an forstliche Akteure herangetragen.

Im Unterschied zum traditionellen Politikfeld findet sich der Wald auf der inter- und transnationalen Ebene in forstfremden Kontexten wieder. Der Staat spielt hier zwar weiterhin eine zentrale Rolle, gleichzeitig treten jedoch neue Akteure auf unterschiedlichen politischen Ebenen auf und beeinflussen Waldpolitik und damit (un)mittelbar forstliches Handeln. So gelangte mit der Umwelt- und Entwicklungskonferenz der

Vereinten Nationen im Jahre 1992 (UNCED) der Wald als eigenständiges Politikfeld auf die internationale politische Ebene.⁷ Allerdings führte das in den zwischenstaatlichen Verhandlungen zu einer Waldkonvention vorherrschende Problemverständnis, nachdem Wald als lokale bzw. nationale Ressource angesehen und weniger im Kontext globaler Zusammenhänge behandelt wird, dazu, dass ein Mehrwert einer internationalen Kooperation nicht gesehen wurde. Unter diesen ungünstigen Kosten-Nutzen-Verhältnissen waren insbesondere walddreiche Entwicklungsländer wie Brasilien und Malaysia nicht gewillt, ihre Souveränität über eigene Ressourcen durch eine verbindliche internationale Konvention infrage stellen zu lassen (vgl. DIMITROV 2006). Die blockierte Waldkonvention und der sich daraus ableitende Prozess des Waldforums der Vereinten Nationen wurde von diesen Staaten intensional als Bremsinstrument genutzt, um eine wirksame globale Waldpolitik zu verhindern. Als nicht-intendierter Effekt führte dies jedoch letztlich zu einer Verlagerung der zwischenstaatlichen Waldpolitik zu den rechtlich verbindlichen UN-Umweltkonventionen: Sowohl die Biodiversitätskonvention der UN (CBD) mit ihrem Wald-Arbeitsprogramm als auch die Klimarahmenkonvention, u.a. mit dem IPCC-Bericht zu ‚Land Use, Land Use Change and Forestry‘, befassen sich explizit mit dem Wald (vgl. auch: MORISSE-SCHILBACH & WERLAND 2006). In dieser nichtintendierten Nebenfolge zeigt sich die Bedeutung des „framings“ von Problemen für ihre politische Bearbeitung: Internationale Waldpolitik wurde (ungewollt) von einem landwirtschaftlich geprägten, d.h. ressourcenorientierten Politikfeld zu einem Umweltpolitikfeld, das sich stärker an ökologischen Kriterien orientiert wie Abb. 2 schematisch zeigt.

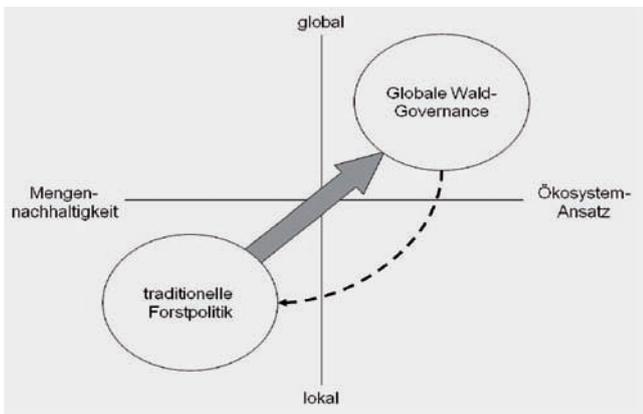


Abb. 2: Die Verschiebung des Wald-Politikfeldes (Quelle: WERLAND 2008, verändert).

Fig. 2: The shift of forest policy (Source: WERLAND 2008, modified).

Wirkmächtig ist eine solche Verschiebung vor allem auf indirekter Art. Auch wenn die ursprünglichen Schutzgedanken der Biodiversitätskonvention im Laufe der Verhandlungsrunden durch nationalstaatliche Interessen überformt wurden – was das weitestgehende Ausbleiben direkter Wirkungen wie verbindlichen Zielsetzungen (Flächenanforderungen für Naturschutzzwecke) und Verhaltensstandards erklärt – zeigen sich indirekte Wirkungen einer solchen Verschiebung. Diese äußern sich beispielsweise in einer höheren Legitimität von

Umweltakteuren wie dem Bundesumweltministerium oder Umwelt-NGOs auch in der nationalen Waldpolitik. Dabei werden internationale Vereinbarungen zunehmend zur Rechtfertigung nationaler walddrelevanter Politiken wie der Strategie zur Biologischen Vielfalt herangezogen.

Die folgenden beiden Abschnitte beschreiben die Verschiebungen des Politikfeldes Wald und die Konsequenzen für die Forstwissenschaften genauer. Dabei wird zum einen eine Veränderung in den Akteurskonstellationen konstatiert, zum anderen eine Verschiebung von politischen Diskursen.

Veränderte Akteurskonstellationen

In der Globalen Wald-Governance verschiebt sich der Ort der Normgenerierung von der nationalstaatlichen Ebene zu einer multizentristischen Normsetzung. Der walddpolitische Akteurskreis umschließt nicht länger vorwiegend Landwirtschaftsministerien der Bundes- und Länderebene, sondern ebenso internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) sowie deren Unterorganisationen und Programme (z.B. FAO, UNEP). Deren Sekretariate, als transgouvernementale Bürokratien verstanden, organisieren Verhandlungen und legen Tagesordnungen fest; sie definieren die Dringlichkeit einzelner Probleme mit und können bestimmte Aspekte betonen oder ausblenden. Dabei stützen sie sich vor allem auch auf wissenschaftliche Expertise: So gelangte der Klimawandel auf Initiative von Meteorologen und Atmosphärenwissenschaftlern auf die politische Agenda, der Erhalt der globalen Biodiversität auf Initiative von Biologen und Ökologen. Die von den jeweiligen Wissenschaftlern konstatierten Probleme wurden zunächst durch wissenschaftliche Konferenzen und aus diesem wissenschaftlichen Kontext heraus geäußerte öffentlichkeitswirksame Aufrufe an „die Politik“, sich des Problems anzunehmen, vorangetrieben.⁸ In beiden Fällen fanden die Wissenschaften in transgouvernementalen Bürokratien, hier insbesondere dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen, aufmerksame Beobachter, die ihre Erkenntnisse in politische Handlungskontexte umzuwandeln verstanden. Im Verbund mit Umwelt-NGOs wie dem WWF oder der IUCN bildeten Wissenschaftler und (Umwelt-)Bürokratien effektive epistemische Gemeinschaften (für den Fall der Biodiversität vgl. SUPLIE 1995). Das durch diese Expertennetzwerke vorangetriebene Wissen („wissenschaftliche Ideen“) verweist nicht nur auf die bloße Existenz eines Problems („Klimaänderung“, „Verlust von Arten“), sondern beinhaltet häufig bereits implizit auch Kausalmechanismen (atmosphärische CO₂-Konzentration und Strahlungshaushalt) sowie normative Vorstellungen darüber, wie angemessenes Verhalten der betroffenen Akteure aussehen sollte. Die walddrelevanten Klimarahmen- und Biodiversitätskonvention etwa verweisen mit ihren je spezifischen Problemdefinitionen explizit („globales Klimasystem“, „globaler Artenschwund“) auf die internationale Politikebene. Wald wird einem „globalen Problemwissen“ zugeführt. Darüber hinaus werden Themen bestimmten Problemfeldern zugeordnet und damit die relevanten Akteure definiert. Im Gegensatz zu den „neuen“, durch epistemische Gemeinschaften hervorgebrachten und auf der globalen Ebene verorteten Problemfeldern Biodiversität und Klima, findet sich im Politik-

feld Wald keine vergleichsweise wirkmächtige forstliche epistemische Gemeinschaft (DIMITROV 2003). Wald gelangte zwar im Windschatten der Klimadiskussion auf die internationale Agenda, jedoch fanden die zwischenstaatlichen Verhandlungen nicht unter der Ägide des UN-Umweltprogramms statt, sondern wurden maßgeblich von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) geprägt. Entsprechend wurden die Verhandlungsdelegationen vorwiegend durch die nationalstaatlichen Landwirtschaftsministerien angeführt. Unter diesen Vorzeichen wandten sich auch die Umwelt-NGOs, die im Bereich von Klima und Biodiversität zentrale Akteure waren, zunehmend von der Idee einer eigenständigen Waldkonvention ab, so dass im Bereich des Waldes keine entsprechende epistemische Gemeinschaft entstanden ist. Vermutlich hat sich nicht zuletzt auch aus diesem Grunde kein explizites internationales Regime zum Schutz der Wälder entwickelt.

Auf nationaler Ebene spiegelt sich diese Verschiebung, zumindest in Deutschland, wider. Im Allgemeinen werden Staaten in internationalen Verhandlungen durch Delegationen vertreten, die von den jeweils zuständigen Fachministerien mit ihren unterschiedlichen Ressortinteressen und Fragestellungen, ergänzt durch die diplomatische Expertise der Außenministerien, angeführt werden. Im Falle Deutschlands sind dies in der internationalen Waldpolitik vor allem und zunehmend die nationalen Umweltministerien, die damit zu zentralen Akteuren und neuen potentiellen Abnehmern forstwissenschaftlicher Erkenntnisse werden (Interview BM2, BM3, BM8). Die dem Forstsektor und den Forstwissenschaften traditionell näher stehenden Landwirtschaftsministerien sind dagegen in diesen neuen internationalen walddrelevanten Prozessen kaum vertreten. Wie die Interviews mit politischen Akteuren zeigen, kann für den Fall der Bundesrepublik zudem von einem Auseinanderdriften der forstpolitischen Akteure der Bundesebene, insbesondere des in internationalen Prozessen involvierten BMELV einerseits und den Landesministerien mit ihren Forstverwaltungen andererseits ausgegangen werden. Dies führt zu einer zunehmenden Inkongruenz der Bezugssysteme forstpolitischer Akteure auf Bundes- und Landesebene (vgl. auch: HOFMANN 2002). Mit den ministeriellen Zuständigkeiten verschieben sich auch die Einflussmöglichkeiten nichtstaatlicher Akteure auf die nationalstaatliche Positionsformulierung im Vorfeld von Konferenzen – forstliche Akteure verlieren durch ihre geringeren Zugangschancen zum zunehmend federführenden Umweltministerium relativ zu genuinen Umweltakteuren an Einfluss.

Umwelt-NGOs und andere transnationale Netzwerke versuchen nicht nur Verhandlungspositionen der Staaten im Vorfeld von Konferenzen zu beeinflussen, sondern auch direkten Einfluss auf die Verhandlungen selbst auszuüben; sie werden von politischen Akteuren dabei durchaus als relevante Akteure anerkannt (Interview BM3). Sie treten einerseits als alternative Wissensanbieter gegenüber der Politik auf, stellen aber andererseits auch potentielle Abnehmer forstwissenschaftlicher Erkenntnisse bzw. potentielle Kooperationspartner dar. So besitzen beispielsweise NGOs in einigen internationalen Verhandlungen Rederecht. Wissen und Positionen werden durch Nebenveranstaltungen zu internationalen Konferenzen („side events“) an politische Ent-

scheidungssträger vermittelt und somit politische Überzeugungsarbeit geleistet. Im Kontext internationaler Umwelt-Wald-Verhandlungen treten insbesondere Umwelt- und Menschenrechts-NGOs als Anbieter von Wissen auf; Vertreter des Forst- und Holzsektors sind in diesen Prozessen dagegen ebenso unterrepräsentiert wie die Forstwissenschaften (Interview BM3).

Nichtstaatliche Akteure beschränken sich jedoch nicht allein auf die Beeinflussung internationaler Verhandlungen und staatlicher Verhandlungspositionen, sondern treten zunehmend als eigenständige Normsetzer jenseits zwischenstaatlicher politischer Prozesse, mit anderen Worten als transnationale „private“ Akteure, auf: Als Reaktion auf das Scheitern der zwischenstaatlichen Waldkonvention wurde 1993 der Forest Stewardship Council (FSC) gegründet. Die Initiative zu dieser explizit nichtstaatlichen Institution ging zwar von Umwelt- und Menschenrechts-NGOs, unter anderem WWF, Rainforest Alliance und Greenpeace aus, jedoch fanden sich auch Gewerkschaften sowie einzelne privatwirtschaftliche forstsektorale Akteure als Unterstützer des FSC. Dessen Strategie besteht darin, als private Normsetzungs-Institution einen eigenen Mechanismus zu etablieren, durch den „globale, themenspezifische Normen und Regeln gesetzt und aufrechterhalten werden“ (PATTBERG 2005). Dabei verweisen die „Criteria and Principles“ des FSC auf internationale Konventionen wie die UN-Biodiversitätskonvention (Principle Nr. 1) und nutzen diese als Bezugspunkt ihrer Normsetzung. Die Generalversammlung als höchste Normsetzungsinanz setzt sich aus drei gleich gewichteten Kammern zusammen. Forstliche Akteure sind dabei ebenso wie Umweltakteure und Vertreter sozialer Belange repräsentiert. Diese Form eines Öffnens des bisher geschlossenen forstlichen Wissenssystems führte bei dessen Vertretern interessanterweise jedoch nicht zu einer Neupositionierung in sich verändernde politische und gesellschaftliche Umgebungen. Stattdessen kam es zu der Befürchtung, forstfremde Akteure könnten als „selbsternannte Richter“ in einem Feld agieren, in denen sie über kein adäquates Wissen verfügen (GULBRANDSEN 2004: 92) – und letztlich zur Gründung des PEFC als eigenem, forstsektoralen Zertifizierungssystem.

Ein neues Problemverständnis über den Wald

Die beschriebenen Veränderungen in der Akteurskonstellation zeigen, dass auf inter- und transnationale Ebene ein neues Politikfeld entstanden ist, das sich in zentralen Aspekten von der traditionellen Waldpolitik unterscheidet. Bei der Konstitution dieses Politikfeldes spielten Normen und Prinzipien wie z. B., dass Wald primär als zu bewahrender Teil eines globalen Ökosystems zu beachten oder eine breite gesellschaftliche Partizipation an walddrelevanten Prozessen sicherzustellen sei (vgl. FLITNER & GARRELTZ 2008) sowie das Aufkommen eines „globalen Walddiskurs“ (KLEINSCHMIT et al. 2007) eine zentrale Rolle; über sie werden Problemdefinitionen, relevante Akteure, Zugangschancen und damit auch Wissensanforderungen definiert. Wald wird in diesen neuen Prozessen vorwiegend als Teil einer globalen Umweltpolitik verstanden. Entsprechend stammen die relevanten Akteure nicht länger vorwiegend (oder sogar ausschließlich) aus dem

forstlichen Wissenssystem: Neben der Umweltadministration werden nichtstaatliche und nicht originär forstliche Akteure wie Zertifizierungsorganisationen und Umwelt-NGOs wirkmächtiger bei der Herstellung von Diskursen. Das Problemverständnis von Wald hat sich entsprechend verschoben: Im Gegensatz zur traditionellen Forstpolitik beruht inter- und transnationale Waldpolitik auf einem „globalisierten“ und an ökologischen Systemen ausgerichteten Waldbild, woraus sich ein Ebenenproblem forstwissenschaftlicher Expertise ergibt (vgl. GEORES 2003): Wald wird in diesem Zusammenhang weniger als nationale oder lokale Ressource verstanden, sondern zunächst als Teil globaler Systeme behandelt. Beispielhaft führte die Erkenntnis, dass rund 25% der globalen CO₂-Emissionen auf die Abholzung von Wäldern zurückzuführen seien dazu, dass Maßnahmen zur „Reduktion von Emissionen aus Entwaldung und Schädigung von Wäldern“ („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation“, REDD) Einzug in die internationalen Klimaverhandlungen gehalten haben.

4. Die deutschen Forstwissenschaften und die globale Governance des Waldes⁹

Innerhalb des Systems der Forstwissenschaften ist in den letzten Jahren eine durchaus kritische Diskussion über die Zukunft der Forstwissenschaften entbrannt. Die Möglichkeiten zur Reaktion auf veränderte politische Rahmenbedingungen stellen dabei einen zentralen Diskussionspunkt dar.¹⁰ Allerdings scheint diese Tendenz zur kritischen Hinterfragung der Disziplin und ihrer Entwicklung sich weitestgehend auf den sozial- bzw. politikwissenschaftlichen Arm der Forstwissenschaften zu beschränken – während er in weiten Teilen der „Kerndisziplinen“ bislang auf geringe Resonanz stößt.¹¹ Die von uns verfolgte Argumentation bezieht sich insbesondere auf diejenigen Bereiche der Forstwissenschaften, die sich durch einen Anwendungsbezug auszeichnen und somit „ein wesentliches Charakteristikum des Faches selbst“ (AMMER 2008: 150; vgl. auch: WINKEL & MEMMLER 2008) aufweisen – und wie sie auch im Rahmen des ENFORCHANGE-Projekts vertreten sind.

Die so verstandenen Forstwissenschaften weisen zwar im Verbund mit den traditionellen forstlichen Akteuren zentrale Merkmale (auch transnational agierender) epistemischer Gemeinschaften auf.¹² Gleichzeitig fehlt – wohl aus ihrer disziplinären Genese heraus – die Intention i. S. von ANTONIADES (2003) explizit geäußerte „neue“ politische Projekte aus einer gemeinsamen Überzeugung heraus anzustoßen wie sie die globalen epistemischen Umwelt-Gemeinschaft(en) von Biodiversität und Klima offenbar auszeichnet. Durch ihre, aus der historischen Genese der Disziplin erklärbare institutionelle und affirmative Nähe zum traditionellen Forstsektor – der bei der Herstellung globaler Biodiversität- und Klimadiskussion (und damit mittelbar globaler Waldpolitik) keine signifikante Rolle spielt – scheint es, dass die Forstwissenschaften die Rolle einer solchen epistemischen Gemeinschaft nicht ausfüllen (können).

Das Erkenntnisinteresse der Befragung in den deutschen Forstwissenschaften lag darin, zu ergründen, wie die Wis-

senschaft im Gefüge des globalen Waldregierens verortet ist bzw. sich selbst verortet. Dafür wurde ein anonymisierter Fragebogen entwickelt. Dabei ging es zunächst darum, forstwissenschaftliche Forschung zu charakterisieren (Forschungsagenden) und zu untersuchen, in wie weit sich neue Fragestellungen, die sich aus der Verschiebung des Politikfeldes ergeben, in der forstwissenschaftlichen Forschungsagenda widerspiegeln. Die Wahrnehmung der Verschiebung des Politikfeldes wurde versucht mit der Frage nach den Abnehmern forstwissenschaftlicher Forschungsergebnisse zu erfassen. Weiterhin wurde gefragt, in wie weit die Forstwissenschaften zentrale Merkmale epistemischer Gemeinschaften – interdisziplinäre und transnationale Vernetzung sowie Beteiligung an internationalen Verhandlungen – aufweisen.

Forstwissenschaftliche Agenden und die globale Governance des Waldes

Ein Waldverständnis, das sich am „traditionellen forstlichen Paradigma“ des „lokalen Ressourcenwaldes“ orientiert, hat sich in internationalen Kontexten als problematisch herausgestellt – exemplarisch ablesbar an der gescheiterten Waldkonvention sowie dem blockierten Waldforum der UN. In den deutschen Forstwissenschaften – so das Ergebnis der Befragung – scheint das globale Waldverständnis bislang keine hohe Relevanz zu haben (Abb. 3).

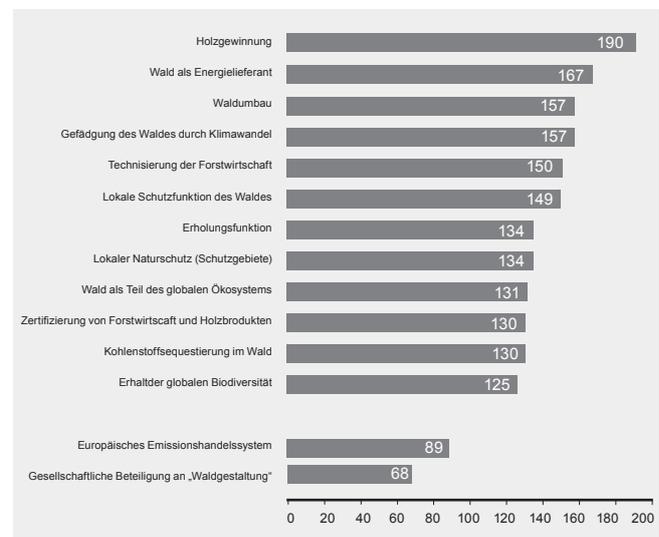


Abb. 3: Welche Aspekte von „Wald“ beeinflussen Ihrer Meinung die Agenda der Forstwissenschaften? (Summen der Nennungen)

Fig. 3: In your opinion which aspects of „forest“ do have an impact on the agenda of forestry science? (Number of responses)

Mit Holzgewinnung und Wald als Energielieferant bestimmen weiterhin Ressourcenaspekte des Waldes die forstwissenschaftliche Forschungsagenda. In der Bewertung folgen die Gefährdung des Waldes durch den Klimawandel, der Waldbau und die Technisierung der Forstwirtschaft. Mit der Schutz- und Erholungsfunktion sowie dem lokalen Naturschutz schließen sich drei explizit lokale Funktionen des Waldes als Einflussfaktoren auf die forstwissenschaftliche Forschungsagenda an. Damit bestätigt sich zunächst das

traditionelle forstliche Paradigma, das Wald primär als eine Ressource mit lokalen Funktionen ansieht, die durch gezielte menschliche Eingriffe zu erhalten bzw. zu optimieren sei. Forstwissenschaftliche Erkenntnisse lassen sich somit nach wie vor als eine spezifische, anwendungsorientierte Wissensform zum Erhalt und zur Optimierung der (in erster Linie ökonomisch verstandenen) Ressource Wald beschreiben. Eine Durchschau der Forschungsprojekte des BMBF-Förderschwerpunkts „Nachhaltige Waldwirtschaft“ unterstreicht diese Wahrnehmung;¹³ hier stehen spezifische Waldbaustrategien und Verwertungszusammenhänge der Forst- und Holzkette im Mittelpunkt forstwissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung. Erkenntnisse, die auf einer solchen Forschungsagenda aufbauen, laufen demnach Gefahr, im trans- und internationalen Prozess der Entstehung neuer „Ideen“ zum Wald (Agenda-setting), in dem „globales Problemwissen“ gefragt ist, als irrelevant wahrgenommen zu werden. Die spezifischen Erkenntnisinteressen forstwissenschaftlicher Forschung scheinen demnach ungeeignet, zu dieser sich „internationalisierenden Problemdefinition“ von Wald beizutragen.

Die Verteilung der Antworten auf die einzelnen Antwortkategorien (Abb. 4) unterstreicht einerseits diesen Befund: Die Holzgewinnung wurde von 81% der Befragten als „wichtig“ oder „sehr wichtig“ und lediglich von 2% als „weniger wichtig“ bewertet – und kann damit als Kernbestandteil forstwissenschaftlicher Forschung angesehen werden. Andererseits zeigt die Gewichtung der im Fragebogen vorgegebenen globalen Aspekte und Funktionen von Wald – Wald als Teil des globalen Ökosystems, Kohlenstoffsequestrierung, Zertifizierung von Forstwirtschaft und Holzprodukten, Erhalt der globalen Biodiversität-, dass rund 40% der Befragten diesen Funktionen jeweils einen „großen“ bis „sehr großen“ Einfluss zuordneten. Diese globalen Aspekte und Funktionen scheinen zumindest von einer Gruppe der deutschen Forstwissenschaftler wahrgenommen zu werden. Ob sich daraus ein Paradigmenwechsel innerhalb forstwissenschaftlicher Forschungsagenden andeutet und globale Wald-Funktionen mittelfristig ebenso zu einem Kernbestand der Forstwissenschaften werden wie bislang die Holzproduktion und Holzsicherung, müsste durch eine mehrjährige Befragungsreihe weiter untersucht werden.

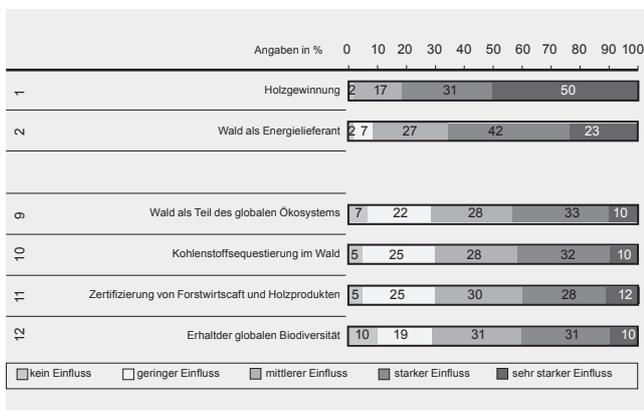


Abb. 4: Welche Aspekte von „Wald“ beeinflussen Ihrer Meinung die Agenda der Forstwissenschaften? (nach Antwortkategorie)

Fig. 4: In your opinion which aspects of “forest” do have an impact on the agenda of forestry science? (categories of answers)

Forstwissenschaften und die Akteure der globalen Wald-Governance

Wie weiter oben beschrieben findet Waldpolitik im Kontext der globalen Wald-Governance in einer Vielzahl unterschiedlicher Foren, Verhandlungen und Prozessen statt. Das Waldforum der Vereinten Nationen (UNFF) sowie die europäische Ministerial Conference on the Protection of Forests in Europe (MCPFE) als Beispiele für diese Prozesse, sind in weiten Teilen der deutschen Forstwissenschaften jedoch unbekannt, so ein weiteres Ergebnis der Studie. Gleichzeitig gab die überwiegende Anzahl der Befragten an, Umweltprozesse der internationalen und der EU-Ebene zu kennen. Dies spricht einerseits für eine wahrgenommene Ineffektivität des Waldforums (und damit geringen Bedeutung für die Forschung), andererseits deutet sich eine allgemein größere Rolle der internationalen Umweltkonventionen an. Angesichts der Verortung im forstlichen Wissenssystem nicht überraschend, waren den wenigsten Forstwissenschaftlern die Novellierungen von Bundes- und Landeswaldgesetzen unbekannt.

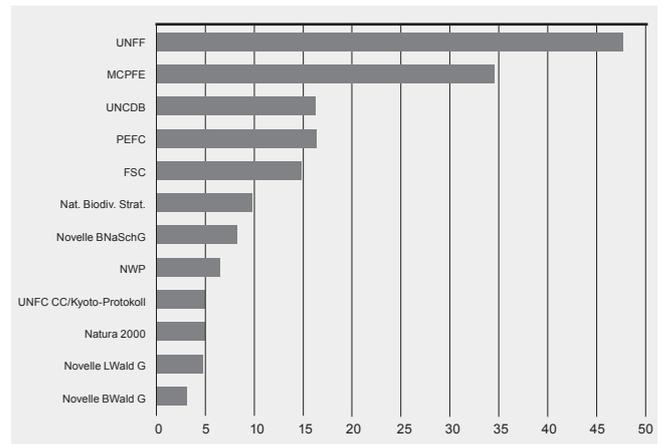


Abb. 5: „Dieser Prozess ist mir unbekannt.“

Fig. 5: “This process is unknown to me.”

Vergleicht man nun die wahrgenommenen Prozesse der inter- und transnationalen Waldpolitik mit der Einschätzung darüber, wie relevant eigene Forschung an welchem Ort ist, relativiert sich das Bild einer zunehmenden Bedeutung internationaler umwelt(wald)politischer Prozesse für die eigene Forschung: Die deutsche Forstwissenschaften vermuten einen hohen Einfluss ihrer Expertise insbesondere in den anwendernahen Bereichen (Abb.6). Die Betrachtung der Antwortkategorien „hoher Einfluss“ und „sehr hoher Einfluss“ zeigt, dass der insgesamt stärkste Einfluss forstwissenschaftlicher Expertise neben dem Bereich der Bundes- und Landeswaldgesetzgebung bei den Zertifizierern PEFC und FSC vermutet wurde, wobei dem PEFC ein deutlich höherer forstwissenschaftlicher Einfluss zugeordnet wird. Darauf folgt mit Natura2000 und der Europäischen FFH-Richtlinie ein weiterer lokal relevanter Prozess – der Bezüge zur Biodiversitätskonvention der UN aufweist. Allerdings wird dieser Konvention selbst interessanterweise der geringste forstwissenschaftliche Einfluss zugeordnet.

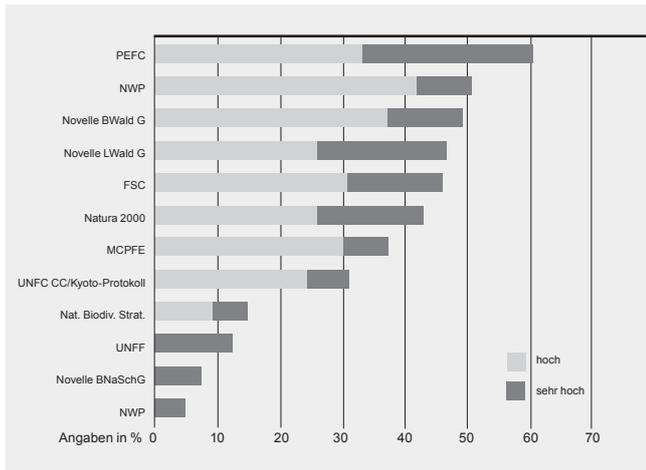


Abb. 6: Wie hoch schätzen Sie den Einfluss forstwissenschaftlicher Expertise auf diese Prozesse ein? (Antworten der Kategorien „hoch“ und „sehr hoch“)

Fig. 6: How do you estimate the extent to which forestry expertise influences these processes? (answers in the categories “high” and “very high”)

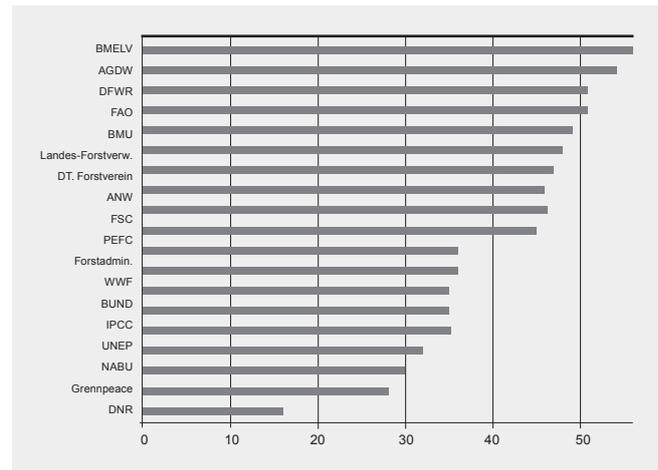


Abb. 8: Wer ist Ihres Wissens Abnehmer forstwissenschaftlicher Expertise?

Fig. 8: According to your experience who are the consumers of forestry expertise?

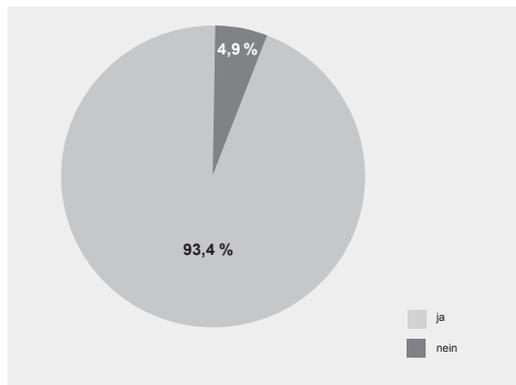


Abb. 7: Unterhalten Sie bzw. Ihre Organisation Kooperationsbeziehungen mit gesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren („Anwendern“)?

Fig. 7: Do you respectively your organization maintain relationships of cooperation with societal or governmental actors („user“)?

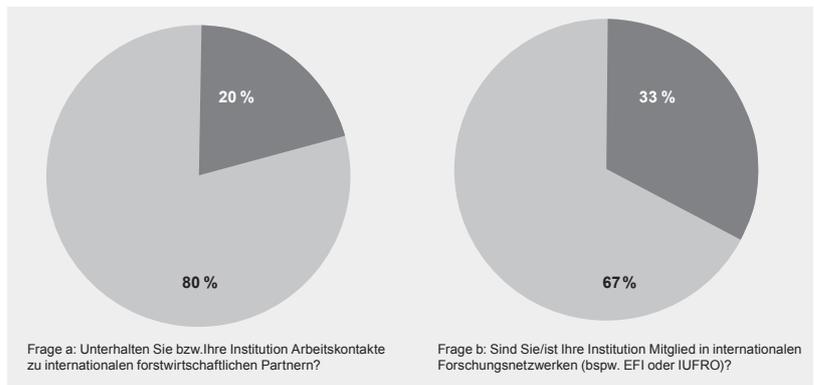


Abb. 9: Internationale und interdisziplinäre Kooperation der Forstwissenschaften.

Fig. 9: International and transnational cooperation within forestry science.

Der Einfluss forstwissenschaftlichen Wissens wird demnach insbesondere in für den Forstsektor umsetzungsrelevanten Prozessen als hoch eingeschätzt. Dieser Fokus der Forstwissenschaften auf konkrete Anwender und anwendungsorientiertes Forschen spiegelt sich auch im hohen Grad ihrer Kooperation mit Anwendern wider (Abb. 7). Die Untersuchung der „globalen Wald-Governance“ hat gezeigt, dass sich der waldpolitische Akteurskreis über das traditionelle, bislang abgeschottete forstliche Akteursfeld ausgedehnt hat. Die Befragung der Forstwissenschaftler über die ihnen bekannten Abnehmer ihrer Forschungsergebnisse ergab jedoch, dass die Zweiteilung im Sinne des forstlichen Wissenssystems, d.h. in forstliche und nichtforstliche Akteure fortbesteht: nationale forstliche Akteure, vor allem BMELV, AGDW, DFWR werden am stärksten als Abnehmer forstwissenschaftlicher Expertise angesehen. An vierter Stelle findet sich mit der FAO eine internationale Organisation, die landwirtschaftlich-forstlich geprägt ist und damit als internationalisierter Bestandteil des forstlichen Wissenssystems aufgefasst werden kann. Mit Ausnahme des Bundesumweltminis-

teriums sowie des Bundesamtes für Naturschutz finden sich damit in der oberen Hälfte ausschließlich forstliche Akteure, während Umwelt-Akteure, insbesondere Umwelt-NGOs und internationale Umwelt-Bürokratien, kaum als Abnehmer forstwissenschaftlicher Expertise wahrgenommen werden.¹⁴

Die Forstwissenschaften als „politischer Akteur“ in der globalen Wald-Governance?

In der politikwissenschaftlichen Forschung wird der „Akteur“ Wissenschaft und werden insgesamt Wissensakteure als epistemische Gemeinschaft bezeichnet, wenn sie zumindest zeitweise als politische Akteure auftreten. Darüber hinaus zeichnet sich eine Wissenschaftsgemeinschaft vor allem auch durch eine trans- und interdisziplinäre Kooperationskultur aus. Zu letzteren Aspekten zeigte die Befragung eine starke Vernetzung der Forstwissenschaften: 80% der Befragten gaben an, Arbeitskontakte mit forstwissenschaftlichen Institutionen im Ausland zu besitzen, 67% gaben an, Mitglied in internationalen Forschungsnetzwerken zu sein. (Abb. 9)

Auch das Merkmal der Interdisziplinarität spiegelt sich in den Ergebnissen wider: 97% der Befragten kooperieren mit Wissenschaftlern anderer Disziplinen, insbesondere mit Umweltwissenschaftlern (66,1%), Biologen (61%) sowie Wirtschaftswissenschaftlern (55,9%). Allerdings bleibt die „politische Arbeit“ jenseits des Staates – das zentrale Merkmal einer epistemischen Gemeinschaft – offenbar marginal. Lediglich 5% der Befragten hatten bereits als Delegationsmitglied oder Beobachter an internationalen (wald)politischen Prozessen teilgenommen, davon 2% als Mitglied einer Verhandlungsdelegation. (Abb. 10).

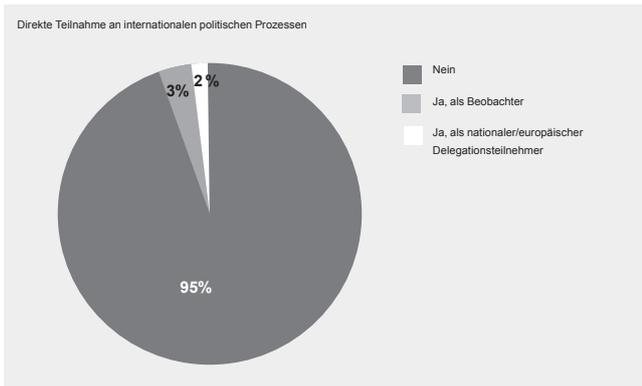


Abb. 10: Teilnahme an internationalen waldpolitischen Verhandlungen.

Fig. 10: Participation in international negotiations in forestal policy.

Darüber hinaus gaben 7% der Befragten an, an der nationalen Positionsformulierung zu internationalen Verhandlungen beteiligt gewesen zu sein. Diese Einschätzung eines relativ geringen Einflusses der Forstwissenschaften wurde in den Interviews mit politischen Entscheidungsträgern weitestgehend bestätigt.¹⁵

Insgesamt hat die Befragung gezeigt, dass die globale Wald-Governance in den deutschen Forstwissenschaften zwar durchaus wahrgenommen wird, sich dies bislang jedoch weder im harten Kern anwendungsorientierter Forschung, d. h. den Forschungsagenden, noch im Abnehmerkreis forstwissenschaftlicher Expertise i. S. einer „politischen Arbeit“ entlang des Konzepts epistemischer Gemeinschaften widerspiegelt. Die Forstwissenschaften scheinen sich weiterhin an den traditionellen Waldfunktionen und damit an forstlichen Akteuren zu orientieren. Dies kann zu weiten Teilen mit der historischen Genese der Forstwissenschaften und des Forstsektors erklärt werden, führt jedoch zu spezifischen Wissensformen, die sich in inter- und transnationalen Prozessen als problematisch erwiesen haben: damit wurden die Forstwissenschaften schon frühzeitig im inter- und transnationalen Kontext marginalisiert (Interview BM3). Erst in den letzten Jahren zeigt sich vereinzelt forstwissenschaftliches (politisches) Engagement in Kontexten jenseits des Staates und jenseits eines engen forstlichen Waldverständnisses.¹⁶ Gleichzeitig weisen die Forstwissenschaften – beispielsweise mit dem European Forest Institute (EFI) oder der International Union of Forest Research Organizations (IUFRO) – eine hohe grenzüberschreitende Vernetzung und damit ein zentrales Merkmal transnational agierender wissenschaftlicher Gemeinschaften auf.

5. Zum Transfer forstwissenschaftlicher Erkenntnisse in die globale Wald-Governance: Einige Thesen

Vor dem Hintergrund der veränderten Rahmenbedingungen einer globalen Wald-Governance (wirkmächtige forstfremde Akteure, primär umweltwaldpolitischer Diskurs) scheint sich ein zunehmender, vor allem auch politischer (relativer) Bedeutungsverlust der Forstwissenschaften abzuzeichnen: Die Forstwissenschaften sind nicht länger die einzige für das Politikfeld Wald zuständige Disziplin, sondern werden zunehmend mit „konkurrierenden“ Wissenschaftsdisziplinen und alternativen Wissenanbietern wie beispielsweise Umwelt-NGOs konfrontiert. Offenbar geht mit der konstatierten Verschiebung des Politikfeldes aber keine signifikante Öffnung des forstlichen Wissenssystems einher. Vielmehr lässt sich in letzter Zeit, u. a. im Zuge wieder ansteigender Holzpreise sowie der zunehmend ökonomischen Ausrichtung vieler Forstverwaltungen, ein Wiederaufleben der ressourcenorientierten Waldpolitik beobachten, so dass eine Dualität der nationalen Forstpolitiken entsteht. Die Hinwendung weiter Teile der Forstwissenschaften zum „Cluster Forst und Holz“ weist in eine entsprechende Richtung. Dabei werden durch die zunehmende Ausrichtung der forstwissenschaftlichen Forschung an privatwirtschaftlichen Belangen – etwa im Rahmen der Forest Technology Platform – einerseits Forschungsmittel generiert, gleichzeitig werden aber auch Befürchtungen einer zu starken Einengung der Forschungsthemen und neuer Abhängigkeiten der Forstwissenschaften vernehmbar. Entsprechende Befürchtungen werden zwar in der Disziplin – insbesondere aus dem Bereich der Forstpolitikwissenschaft – durchaus geäußert (vgl. WINKEL & MEMMLER 2008), die Resonanz auf diese kritischen Betrachtungen in der Gesamtdisziplin ist allerdings noch nicht abzusehen. Bislang scheint sich eine Öffnung der Forstwissenschaften für inter- und transnationale wald(umwelt)relevante Prozesse und Fragestellungen nur auf einen kleinen Teil der Gesamtdisziplin zu beschränken¹⁷ – wohingegen die verstärkte Hinwendung zum Cluster Forst und Holz eher wie eine Strategie der Abschottung vor den neuartigen, globalen Veränderungen wirkt.

Zugespielt formuliert könnten sich die Forstwissenschaften durch diese Strategie Gestaltungsmöglichkeiten im Politikfeld Wald verbauen, das immer stärker von forstfremden Akteuren bestimmt wird: „konkurrierende“ epistemische Gemeinschaften haben Problemdefinitionen und primäre Handlungsebenen von und über den Wald bestimmt. Aus diesem Problem-„framing“ auf der internationalen Ebene ergibt sich ein Wandel von Akteurskonstellationen im Politikfeld, der zu geringeren Zugangschancen für die Forstwissenschaften geführt hat. Die Forstwissenschaften und das forstliche Wissenssystem sind hier nicht als epistemische Gemeinschaft in Erscheinung getreten, da ihnen im Kontext globalisierter Wald(umwelt)Politik das „politische Projekt“ (purposefulness) fehlt.

Neben dieser Problemdiagnose offenbart die globale Governance des Waldes Ansatzpunkte für die Forstwissenschaften, ihre Erkenntnisse in neue Kontexte einzubringen. Insbesondere im Umweltbereich ist die Effektivität globaler Politik zu weiten Teilen vom Vorhandensein komplementärer „bot-

tom-up“-Institutionen abhängig (YOUNG 1999). Bei der Implementierung internationaler Normen und Regeln gewinnt spezifisches Wissen, beispielsweise über Monitoring (spezifische C-Speicherkapazitäten oder Anpassungsstrategien) demnach an Relevanz (Interview BM1, BM3). Insofern bietet z.B. die Implementierungsphase internationaler Waldpolitik i.S. von „policy windows“ die Gelegenheit, in den „neuen“ Politikprozess einerseits und in die globale(n) ökologische(n) epistemische(n) Gemeinschaft(en) andererseits hinein zu wirken. Mit ihrer hohen internationalen Vernetzung weisen die Forstwissenschaften bereits ein institutionelles Merkmal epistemischer Gemeinschaften auf. Spezifisches Implementierungswissen wird von politischen Entscheidungsträgern insbesondere im Kontext der Entscheidungsfindung, etwa im Vorfeld der Vertragsstaatenkonferenzen (Interview BM 3) sowie im Prozess der Umsetzung internationaler Vereinbarungen (Interview BM1) nachgefragt. Für die Forstwissenschaften als Akteur in der globalen Wald-Governance erscheint es aus diesem Grunde sinnvoll, sich gegenüber nichtforstlichen Akteuren wie Umwelt-Ministerien, NGOs und internationalen Umwelt-Bürokratien zu öffnen. Dies würde möglicherweise jedoch bedeuten, sich aus der symbiotischen und scheinbar exklusiven Beziehung zum Forstsektor zu lösen.

Anmerkungen

- 1 Fragen des Tropenwald-Schutzes wurden bereits seit Mitte der 1980er Jahre auf der internationalen Ebene thematisiert, jedoch bildete sich erst im Kontext der Rio-Konferenz (UNCED) 1992 eine globale Waldpolitik heraus, die sich auch mit borealen Wäldern der gemäßigten Breiten befasste.
- 2 Wir danken Christin Linße für Literatursichtung und Zusammenfassung zu den „epistemischen Gemeinschaften“.
- 3 United Nations Environment Program.
- 4 In den IB wird die Rolle epistemischer Gemeinschaften kritischer gesehen als hier aus Platzgründen verkürzt skizziert. Vor allem die Funktion, als Vermittler, „ehrlicher Makler“ und Ideengeber zwischen divergierenden Politiken zu fungieren, wird zunehmend angezweifelt. Auch ist die Mitgliedschaft in diesen Gemeinschaften unklar. So ist fraglich, ob NGOs Teil von epistemischen Gemeinschaften sind (bzw. sein können) oder zu den Interessengruppen gezählt werden (müssen). Dazu vgl. exemplarisch TOKE (1999), ANTONIADES (2003), DUNLOP (2000). Schließlich ist das analytische Konzept nicht frei von Zweifeln. Ein alternatives Konzept, das die Rolle u.a. von Wissenschaften beschreibt, diese aber stärker in Verbindung zu anderen nichtstaatlichen, genuin politischen Akteuren wie z.B. NGOs bringt, ist das der transnational advocacy networks (KECK/SIKKINK 1998).
- 5 Dieses führte bis 2001 noch die Bezeichnung Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.
- 6 Auf Ebene der Bundesländer findet sich allerdings keine klare Trennung zwischen Umwelt- und Landwirtschaftsressorts, da diese Zuständigkeiten in Landesministerien

i.d.R. zusammengefasst sind.

- 7 Dies geschah bemerkenswerterweise im Windschatten der Diskussion um den Klimawandel und wurde von Umweltakteuren der Industriestaaten vorangetrieben (HUMPREYS 1996).
- 8 Für den Klimawandel sei beispielhaft auf die Weltklimakonferenz in Toronto 1988, für die Biodiversität auf das National Forum on BioDiversity 1986 verwiesen.
- 9 Dieser Abschnitt fasst die Ergebnisse einer Befragung der deutschen Forstwissenschaften zusammen. Dazu wurden im Juli 2007 155 Forstwissenschaftler, die zu diesem Zeitpunkt in Projekten des BMBF-Förderschwerpunkts „Nachhaltige Waldwirtschaft“ tätig waren, mit Hilfe eines Fragebogens befragt. Die Rücklaufquote betrug 39,4%. Da in einer Reihe von Fragen die Einschätzung einzelner Forstwissenschaftler erhoben wurde, spiegeln die Ergebnisse nicht zwangsläufig exakt quantifizierbare Daten wider. Vielmehr bilden sie das Selbstbild der Forstwissenschaften ab.
- 10 Vgl. das Sonderheft „Zukunft der Forstwissenschaften“ (Heft 8/9 2008) der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung.
- 11 So der Tenor bspw. auf dem deutschen Forstpolitikertag 2008 in Dresden.
- 12 Als zentrale Merkmale sei hier auf die geteilten normativen und prinzipiengeleiteten Grundlagen (forstliches Paradigma), die gemeinsamen Kausalvorstellungen und Validitätsauffassungen sowie auf die transnationale Vernetzung (Kap. 4.3) der Forstwissenschaften verwiesen.
- 13 Einzusehen unter: <http://nachhaltige-waldwirtschaft.de> [15.07.2008]
- 14 Interessanterweise werden mehr Kooperationen mit der forstfremden Zertifizierungsagentur FSC, als mit der aus dem Wissenssystem Forst entstandenen PEFC angegeben.
- 15 Als einzige Ausnahme wurde von den interviewten politischen Entscheidungsträgern auf ein forstwissenschaftliches Universitätsinstitut verwiesen, das als in internationalen Prozessen aktiv beschrieben wurde.
- 16 Dieses Engagement jedoch stammt bemerkenswerterweise nicht aus dem „Kern“ der Disziplin, den Naturwissenschaften, sondern aus ihrem politikwissenschaftlichen Arm.
- 17 Eine Ausnahme stellt der politikwissenschaftliche Arm der Disziplin dar, in dessen Untersuchungen sich Prozesse der globalen Wald-Governance finden. Inwieweit es dieser Sub-Disziplin gelingt, Diskurse im „Kern“ der Forstwissenschaften zu beeinflussen, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden.

Literatur

- AMMER, C. (2008): Brauchen wir zum Erhalt der Forstwissenschaften eine wissenschaftstheoretische Debatte? Allgemeine Forst- und Jagdzeitung, 179 (8/9): 149–153.
- ANTONIADES, A. (2003): Epistemic Communities, Epistemes and the Construction of (World) Politics. Global Society 17 (1): 21–38.

- DIMITROV, R. (2003): Knowledge, Power and Interests in Environmental Regime Formation. *International Studies Quarterly* 47: 123–150.
- DIMITROV, R. (2006): Science and International Environmental Policy. Regimes and Nonregimes in Global Governance. Rowman and Littlefield, Lanham (Md. u.a.): 207 S.
- DUNLOP, C. (2000): Epistemic Communities: A Reply to Toke. *Politics* 20 (3): 137–144.
- FLITNER, M., GARRELTZ H. (2008): Die Bedeutung des Ökosystemaren Ansatzes der CBD für den Schutz der Biodiversität in Wäldern. *Natur und Landschaft* 83 (4): 150–153.
- GEORES, M. (2003): The Relationship between Resource Definition and Scale: Considering the Forest. In: Dosak, N., Ostrom E. (Hg.): *The Commons in the New Millennium. Challenges and Adaptation*. MIT Press Cambridge (Mass.) [u.a.]: 77–98.
- GULBRANDSEN, L. (2004): Overlapping Public and Private Governance: Can Forest Certification Fill the Gaps in the Global Forest Regime? *Global Environmental Politics* 4 (2): 75–99.
- GUSTON, D.H. (1999): Between politics and science: Assuring the integrity and productivity of research. Cambridge University Press, Cambridge (Mass.).
- GUSTON, D.H. (2001): Boundary Organizations in Environmental Policy and Science: An introduction. *Science, technology and Human Values* 26: 399–408.
- HAAS, P. M. (1992): Introduction: epistemic communities and international policy coordination. *International Organization* 46 (1): 1–35.
- HOFMANN, F. (2002): Globale Waldpolitik in Deutschland. Eine Untersuchung über die Wirkungen internationaler Regime in föderalen Strukturen. Freiburg im Breisgau. [http://www.freidok.uni-freiburg.de/volltexte/522/pdf/Dissertation_Frank_Hofmann.pdf, letzter Zugriff: 31.7.2007].
- HUMPHREYS, D. (1996): *Forest Politics: The Evolution of International Cooperation*. Earthscan, London.
- KECK, M., SIKKINK, K. (1998): *Activists beyond borders. Transnational Advocacy Networks in International Politics*. Cornell University Press, Ithaca, New York.
- KLEINSCHMIT, D. et al. (2007): Globaler medialer Walddiskurs – Beispiel für eine deliberative Öffentlichkeit? *Politik und Umwelt, Sonderheft Politische Vierteljahresschrift* 39. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden: 430–451.
- KÜPPERS, G. et al. (1978): *Umweltforschung – die gesteuerte Wissenschaft*. Suhrkamp, Frankfurt/M: 293 S.
- MORISSE-SCHILBACH, M., WERLAND, S. (2009.): Zum Einfluss der Inter- und Transnationalisierung des Politischen auf die Interpretationswelt(en) von Wissenschaft: Das Beispiel Forstwissenschaften. In: Thomas Groh und Jörn Lorenz (Hrsg.): *Interpretatio mundi: Wie deuten die Wissenschaften ihre Welt?* Dresden: TUDpress/Thelem (i. E.).
- MORISSE-SCHILBACH, M., WERLAND, S. (2006): Zum Verhältnis von Forschung und Praxis in den Internationalen Beziehungen. Die Relevanz der IB-Forschung für gesellschaftliche Akteure am Beispiel der internationalen Politik zum Schutz der Wälder (Dresdner Arbeitspapiere Internationale Beziehungen Nr. 16). Dresden: 41 S.
- PATTBERG, P. (2005): What Role for Private Rule-Making in Global Environmental Governance? Analysing the Forest Stewardship Council (FSC), in: *International Environmental Agreements. Politics, Law and Economics* 5 (3): 175–189.
- SUPLIE, J. (1995): *Streit auf Noahs Arche. Zur Genese der Biodiversitätskonvention* WZB, Forschungsschwerpunkt Technik, Arbeit, Umwelt, Berlin: 88 S.
- TOKE, D. (1999): Epistemic Communities and Environmental Groups. *Politics* 19 (2): 97–102.
- WEINGART, P. (2001): Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis von Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft. Vellbrück Wissenschaft, Weilerswist: 397 S.
- WEINGART, P. (2003): *Wissenschaftssoziologie*. Transcript, Bielefeld: 176 S.
- WERLAND, S. (2008): *Global Forest Politics – Bringing Forestry Science (Back)*. *Forest Policy and Economics*, doi:10.1016/j.forpol.2008.07.002.
- WINKEL, G., MEMMLER, M. (2008): *Zukunftsfähige Forstwissenschaften? Eine Plädoyer für eine Neuorientierung*. *Allgemeine Forst- und Jagdzeitung* 179 (8/9): 141–148.
- YOUNG, O. (1999): *Governance in World Affairs*. Cornell University Press, Ithaca [u.a.]: 224 S.

Autorenanschriften

Melanie Morisse-Schilbach,
Technische Universität Dresden
Institut für Politikwissenschaft
Lehrstuhl für Internationale Politik
August-Bebel-Straße 19, D-01219 Dresden
Telefon +49 351 463-35803
Email melanie.morisse-schilbach@tu-dresden.de

Stefan Werland
Forschungsstelle für Umweltpolitik(FFU)
Freie Universität Berlin
Inhnestraße 22, D-14195 Berlin
Telefon +49 30 838-54494
Email werland@zedat.fu-berlin.de